

Sitzung Nr. 3 vom 05. April 2022

Vorsitz	François Scheidegger, Stadtpräsident
Anwesend	Remo Bill Alexander Kaufmann Daniel Hafner Michael Schlup (Ersatz) Robert Gerber Alexander Kohli Ivo von Büren Marc Willemin Nicole Arnold Fabian Affolter Richard Aschberger Matthias Meier-Moreno Peter Brotschi Patrick Zberg
Entschuldigt	Angela Kummer
Anwesend von Amtes wegen	Reto Kämpfer, Leiter SDOL Christian Ambühl, Polizeikommandant David Baumgartner, Finanzverwalter Aquil Briggen, Stadtbaumeister Luzia Meister, Stadtschreiberin Anne-Catherine Schneeberger-Lutz, Ratssekretärin, Stadtschreiberin-Stv. (Protokollführerin)
Dauer der Sitzung	17:00 Uhr - 19:30 Uhr
TRAKTANDEN	(2871 - 2883)
1	Protokoll der Sitzung Nr. 2 vom 8. März 2022
2	2871 Information Angebotsplanung SBB
3	2872 SDOL: Kreditüberschreitungen 2021

- 4 2873 Spitex Grenchen: Vorstellung Subjektfinanzierung und aktuelle Themen
- 5 2874 Stadtpolizei: Schaffung von neuen Stellen für die gemeindepolizeilichen Aufgaben ab 2023
- 6 2875 Gemeindeordnung: Ergänzung § 65 mit Abs. 5
- 7 2876 Unterschriftensammlung «Das Geschäft 'Abschaffung der Stadtpolizei Grenchen' muss an die Urne»
- 8 2877 Postulat Fraktion FDP: Für eine benutzerfreundlichere Gebührenpflichtzeit auf dem Parkplatz Postplatz Nord (Schrankensystem) und geordnetere Parkverhältnisse an der Marktstrasse und an der Schild-Ruststrasse: Beschluss über Erheblicherklärung
- 9 2878 Interpellation Robert Gerber (FDP): Wie viele Steuerfranken verliert die Stadt Grenchen jährlich wegen "falscher" Wochenaufenthalter und was wird dagegen unternommen? Beantwortung
- 10 2879 Externe Unterstützung Bauinspektorat: Nachtragskredit
- 11 2880 Motion Fraktion SP: Zentralpark schaffen als grüne Oase gegen den Klimawandel: Beschluss über Erheblicherklärung
- 12 2881 Wahlbüro: Ersatzwahl von zwei Mitgliedern (Wahlvorschläge FDP)
- 13 2882 **VERTRAULICH**
- 14 2883 Mitteilungen und Verschiedenes

- o -

Das Protokoll der Sitzung Nr. 2 vom 8. März 2022 wird genehmigt.

Protokoll der Sitzung Nr. 1 vom 1. Februar 2022: Nachträgliche Korrektur

GRB 2856

Motion Fraktion SP: Zentralpark schaffen als grüne Oase gegen den Klimawandel: Einreichung

Auf Verlangen von Gemeinderat Matthias Meier-Moreno ist folgende Korrektur vorzunehmen:

Erstunterzeichnerin der Motion Fraktion SP ist Gemeinderätin Angela Kummer (*nicht der damals abwesende Michael Schlup, Ersatz-Gemeinderat*)

- o -

Information Angebotsplanung SBB

1 Orientierung

- 1.1 Kjell Kolden und Daniel Schwarz, Amt für Verkehr und Tiefbau des Kantons Solothurn, informieren anhand einer Präsentation über die Angebotsplanung der SBB.
- 1.2 Stadtpräsident François Scheidegger fragt, wie es auf der Zeitachse aussieht. Weiss man schon, wann das durch wen entschieden wird? Gibt es einen Fahrplan?
- 1.3 Kjell Kolden meint, dass es viele Möglichkeiten gibt. Deshalb hat man sich auch die Zeit genommen. Man spricht hier vom Angebotskonzept 2035. Man weiss nicht sicher, wann der neue Zug zu den zwei stündlichen Zügen, die man an der Jurasüdfuslinie schon hat, überhaupt dazukommt, aber ins Angebotskonzept kann es im Prinzip jedes Jahr aufgenommen werden. Es gibt einen jährlichen Prozess. Es werden jedes Jahr Änderungsanträge eingereicht. Wenn nicht zusätzliche Investitionen in die Infrastruktur nötig sind und es sich nicht mit dem sonstigen Angebotskonzept beisst, dann ist es keine grosse Sache, dass es eingefügt werden kann. Es wäre schon ein grosser Unterschied im Vergleich zu anderen Änderungsanträgen, aber seiner Meinung nach braucht es nicht viel, weil eine Infrastruktur am Bahnhof Süd erstellt wird, die passen würde.
- 1.4 Laut François Scheidegger kann man heute nichts beschliessen. Man hat keinen Antrag. Es ist eine reine Information. Sein Anliegen ist, dass man rechtzeitig mit dem Geschäft in die Arbeitsgruppe Öffentlicher Verkehr geht - sie ist die Fachkommission - damit sie sich intensiv damit auseinandersetzen kann, so dass der Gemeinderat zu gegebener Zeit einen Beschluss fassen kann. Es wäre wichtig, dass man ein Commitment der Stadt hätte.
- 1.5 Daniel Schwarz betont, dass der Vorschlag technisch noch nicht geprüft wurde. Der Kanton kann nicht abschätzen, welche Auswirkungen es auf alle Trassen und den Güterverkehr hat. Die Prüfung wird erst veranlasst, wenn ein Änderungsantrag eingereicht wird. Und der Änderungsantrag wird erst eingereicht, wenn die Stadt Grenchen grünes Licht dafür gibt.
- 1.6 Wenn es François Scheidegger richtig verstanden hat, handelt es sich um ein zusätzliches Angebot, das man relativ schnell umsetzen kann.
- 1.7 Kjell Kolden erwidert, dass man es relativ rasch planen, aber nicht so rasch umsetzen kann, weil die Umsetzung noch anhängig von weiteren Investitionen in die Infrastruktur ist.

- 1.8 Gemeinderat Alexander Kohli dankt, dass der Gemeinderat überhaupt gefragt wird. Er hat zwei Fragen zu diesem Unternehmen: Interessant ist nachher der Abgang ab Grenchen. In Solothurn wäre dann das erste Mal wieder eine Möglichkeit Richtung Bern. Ist eine Koordination mit der RBS möglich, damit man einen Anschluss hat. So schöne Angebote muss jemand bezahlen. Ist der Kanton hier als Sponsor unterwegs für diesen Anschluss in Grenchen oder was heisst das für die Stadt Grenchen? Muss die Stadt auch den Geldbeutel öffnen?
- 1.9 Zur Frage betreffend den Anschluss in Solothurn Richtung Bern, erklärt Kjell Kolden, dass es einen Viertelstundentakt während des ganzen Tages geben wird - heute gibt es diesen nur in der Hauptverkehrszeit.
- 1.10 Gemäss Daniel Schwarz wird sich mit dem Viertelstundentakt die Anschlusssituation generell schon verbessern. Er ist auch optimistisch, dass es funktionieren könnte, aber er geht nach wie vor davon aus, dass die Verbindung über Biel schneller ist. Es wird nicht nur über Grenchen Nord attraktiver sein, sondern auch über Grenchen Süd.
- 1.11 Kjell Kolden bezieht sich auf die Finanzierungsfrage und meint, dass es sich um einen Fernverkehrszug handelt, wenn er von Solothurn bis nach Grenchen Süd weiterfährt. Der Fernverkehr ist selbsttragend. Hier fallen keine Kosten für den Kanton und die Stadt an.
- 1.12 Gemeinderat Peter Brotschi fragt, ob sich die Reisezeit nach Zürich gegenüber heute verlängern wird.
- 1.13 Laut Daniel Schwarz wird die Reisezeit mit Umsteigen in Solothurn um wenige Minuten verlängert. Das ist darauf zurückzuführen, dass man die Verbindung über die Neubau-
strecke haben wird und dieser Zug dann auch nicht mehr in Aarau hält. Man steigt in Solothurn um und hat dann den direkten Zug Olten - Zürich.
- 1.14 Nach Auffassung von Peter Brotschi ist es dann ein besserer Bummler. Er hält ja auch in Egerkingen.
- 1.15 Daniel Schwarz geht davon aus, dass alle, die bis nach Olten oder weiter als Olten fahren, in Solothurn umsteigen werden. Der Nachteil des Umsteigens ist da, aber immerhin ist es auf dem gleichen Gleis. Wer im Zug sitzen bleibt, hat wirklich einen Bummler, aber auch mit dem Vorteil, dass ja nicht alle nach Zürich wollen. Es hat nach wie vor viele Arbeitsplätze im Gäu. Damit wird auch die Direktverbindung nach Aarau gewährleistet. Es ist auch der Zug, der über den Flughafen fährt, denn der IC soll nicht mehr über den Flughafen, sondern direkt Zürich - Winterthur fahren.
- 1.16 Da der Fernverkehr selbsttragend ist, so Gemeinderat Daniel Hafner, überlegt sich die SBB sehr gut, wo sie ihre Züge halten lässt. Sie lässt sie dort halten, wo Publikum ist. Rein vom Einzugsgebiet her ist Grenchen nicht die riesige Agglomeration. Das Marktpotential ist nicht unerschöpflich. Auch nicht förderlich ist, wenn man Grenchen jeweils als Autostadt bezeichnet. Das ist ihm, seit er im Gemeinderat ist, immer wieder aufgefallen. Wenn man immer eine Autostadt sein will und sich dazu bekennt, dann darf man das, aber man muss sich nicht wundern, wenn Grenchen dann die Konsequenzen tragen muss. Offensichtlich braucht es eine Infrastrukturverbesserung bei dem zusätzlichen Schnellzugshalt. Daher drängt sich auf, dass man auch ein Fernverkehrsausgangspunkt werden könnte. Das tönt spannend. Er hat dazu noch folgende Fragen: Bedingt das ein weiteres Gleis oder kann man mit der bestehenden Infrastruktur arbeiten? Er dachte, dass einmal die Idee war, dass man nebst den zwei Fernverkehrszügen Ost-West-Transversale einen dritten Fernverkehrszug, der etwas regionalen Charakter hätte, bis nach Biel laufen lassen würde. Ist das definitiv vom Tisch?

Man hat aktuell noch ein Halbstundentakt-Angebot in den frühen Morgenstunden zwischen 05:30 Uhr und 07:20 Uhr. Bleibt das Angebot Richtung Zürich bestehen? Das ist ein Bedürfnis, dort hat man hohe Frequenzen.

- 1.17 Zur Infrastruktur meint Kjell Kolden, dass es ein sogenanntes Wendegleis braucht. Das wird im Moment geplant, und zwar für den Regionalzug, der ab Grenchen Süd halbstündlich nach Olten fahren wird. Das sollte auch für den neuen Fernverkehrszug passen.
- 1.18 Laut Daniel Schwarz war der dritte Fernverkehrszug Bestandteil von Überlegungen, die man gemacht hat, er wurde aber nie in die Planung aufgenommen. Es hat immer mit zusätzlichen Zügen in Solothurn aufgehört und ist nie darüber hinausgegangen. Man schlägt jetzt vor, dass der Interregio nach Grenchen Süd verlängert wird. Das kann aber nicht das Ende der Fahnenstange sein. Das Ziel müsste sein, dass der Zug einmal bis nach Biel (Endhalt) weitergeführt werden kann. Im Ausbauschnitt 2035 kann man das nicht hinterlegen, weil das eine zusätzliche Infrastruktur voraussetzen würde, und zwar auch für Biel. Das ist ein Element, das man erst in einem nächsten Ausbauschnitt beantragen kann. Das heisst nicht, dass man so lange warten muss, bis das umgesetzt ist. Das ist eine rollende Planung. Ein schrittweises Vorgehen ist auch hier angezeigt und bei der Ausführung muss man schauen, wie man möglichst schnell zu diesem Ziel kommt. Das Halbstundentakt-Angebot in den frühen Morgenstunden ist auch aus Kantonsicht ein Anliegen. Man hat deshalb bei der SBB angefragt. Ihnen wurde zugesichert, dass nichts dagegenspricht, das beizubehalten. Die SBB möchte es aber nicht in einer Planung abbilden, weil es kein Ganztagesangebot ist, sondern Randzeiten betrifft. Hier ist man zuversichtlich, dass man nach wie vor die heutige Lösung weiterführen kann.
- 1.19 François Scheidegger bedankt sich herzlich. Man ist gespannt, wie es weitergeht. Er bittet die Arbeitsgruppe Öffentlicher Verkehr, die heute auch vertreten ist, sich im Detail mit dem Geschäft auseinanderzusetzen und damit wieder in den Gemeinderat zu kommen.
- 1.20 Daniel Schwarz hat noch eine Ergänzung: Die Reisezeit Zürich - Grenchen beträgt heute 1 Stunde und 3 Minuten. Das würde künftig ziemlich genauso bleiben trotz Umsteigen in Solothurn.
- 1.21 Von der Orientierung wird Kenntnis genommen.

AGöV
BD

6.5 / acs

SDOL: Kreditüberschreitungen 2021

Vorlage: SDOL/10.03.2022

1 Erläuterungen zum Eintreten

1.1 Reto Kämpfer, Leiter SODL, fasst die Vorlage zusammen und gibt ergänzende Erläuterungen.

2 Eintreten

Eintreten wird beschlossen.

3 Detailberatung

3.1 Keine Wortmeldungen.

Es ergeht einstimmig folgender

4 Beschluss

Folgende Kreditüberschreitungen im Totalbetrag von CHF 792'164.84 werden bewilligt zu Lasten ER 2021:

4.1	4120.3632.00	Pflegekostenbeitrag Einwohnergemeinden	CHF	212'090.95
4.2	4210.3199.00	übriger Betriebsaufwand	CHF	108'615.49
4.3	4210.3631.50	Beitrag für Pflegefinanzierung Spitex	CHF	276'338.40
4.4	4210.3636.03	Wegpauschalen Spitex	CHF	195'120.00

Vollzug: FV

SDOL
FV

9.2.1.2 / acs

Spitex Grenchen: Vorstellung Subjektfinanzierung und aktuelle Themen

1 Orientierung

- 1.1 Ivana Kovacevic und Lena Dick, Mitglieder der Geschäftsleitung Spitex Grenchen, gehen anhand einer Präsentation ausführlich auf die Subjektfinanzierung und aktuelle Themen ein.
- 1.2 Stadtpräsident François Scheidegger dankt für die Ausführung und möchte an dieser Stelle die Wertschätzung gegenüber der Spitex zum Ausdruck bringen. Alle im Rat wissen, dass das eine ganz wichtige Institution ist, die nicht mehr aus Grenchen wegzudenken ist. In diesem Sinne herzlichen Dank. Er bittet, den Dank an die Mitarbeitenden der Spitex weiterzuleiten. Wenn man die Zahlen anschaut und 2020 mit 2021 vergleicht, stellt man fest, dass es 10 % mehr Klienten hat, aber bei den zusätzlich geleisteten Stunden beträgt die Steigerung 50 %. Das ist massiv. Kann man das dem Gemeinderat erklären?
- 1.3 Gemäss Lena Dick hat Corona einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet, indem sich ältere Leute sehr schwergetan haben, ins Altersheim einzutreten. Das bedeutete, dass man sie manchmal an der zumutbaren Grenze zu Hause noch betreut hat. Das hat das soziale Umfeld an den Anschlag gebracht und ist auch für die Pflegerinnen manchmal eine grosse Herausforderung. Das sind Klienten, wo man zum Teil vier, fünf oder sechs Stunden Einsatz pro Tag leistet und wo man zu zweit hinget. Sie wollten nicht ins Altersheim, weil sie wussten, dass es Besuchseinschränkungen gibt. Man kann sich jetzt fragen, ob es einen grossen Rutsch geben wird. Sie geht nicht davon aus. Es hat eine kleine Verschiebung gegeben, aber es wird sich jetzt auf einem relativ hohen Niveau stabilisieren. Gleichzeitig kam dazu, dass die Spitäler, als sie wegen Corona Platz schaffen mussten, hoch komplexe, instabile Patienten nach Hause geschickt haben. Das war eine grosse Herausforderung, hier haben die Pflegerinnen im letzten Jahr Unglaubliches geleistet. Das kann man wirklich sagen, sie sind auch oft über ihre persönlichen Grenzen hinausgegangen. Es ist alles komplexer geworden. Palliativ Care hat deutlich zugenommen (es werden Chemo-Pumpen, künstliche Ernährung, Antibiotika über die Venen zu Hause angehängt). Die Spitex kann sehr viel abdecken. Das wird bekannter und dadurch auch mehr in Anspruch genommen. Die Ärzte wissen das und weisen der Spitex die entsprechenden Leute zu.
- 1.4 Gemäss Gemeinderat Daniel Hafner hat die Psychiatriepflege quantitativ zugelegt. Gibt es eine Erklärung dafür und was sind die Aufgaben der Spitex bei einer Psychiatriepflege zu Hause?

- 1.4.1 Ivana Kovacevic erklärt, dass man ursprünglich mit drei Pflegefachpersonen gearbeitet hat, welche im Bereich Psychiatrie ausgebildet sind. Oft macht man eine Mischung zwischen Grundpflege und psychiatrischer Betreuung, wenn die Patienten z.B. unter Schizophrenie oder Depression leiden. Das hat sehr zugenommen. Sie kann sich vorstellen, dass auch Corona einen Teil dazu beigetragen hat. Da waren ganz verschiedene Ängste vorhanden. Die Vereinsamung war ein Thema. Es gab noch mehr Einschränkungen in der Tagesstruktur. Das ist sicher ein Punkt, der dazu geführt hat, aber sicher nicht nur das. Man hat relativ rasch festgestellt, dass der Bedarf in diesem Bereich wächst. Man hatte eine Warteliste im 2021. Deshalb hat man sich entschlossen, im 2021 noch eine Pflegefachfrau anzustellen, welche nur die psychiatrische Pflege der Klienten abdeckt. Ihre Aufgabe besteht darin, den Patienten Tagesstrukturen zu geben, sie zu beraten und sie in ihren Ressourcen und sozialen Kompetenzen stärken und fördern, damit sie sich im Alltag besser zurechtfinden können. Es wird auch suizidprophylaktisch gearbeitet. Die Leute werden regelmässig besucht, damit man rechtzeitig reagieren kann.
- 1.4.2 Daniel Hafner möchte wissen, ob das Leute sind, die keine Familienangehörigen haben.
- 1.4.3 Ivana Kovacevic meint, dass das sehr unterschiedlich ist. Die Familienangehörigen sind sehr oft mit der Situation überfordert. Die Krankheitsbilder zeigen sich sehr unterschiedlich. Es sind Persönlichkeitsänderungen, die Patienten sind sehr oft überfordert und ziehen sich manchmal zurück. Das macht die Situation für die Angehörigen dann noch schwieriger. Man hat die Erfahrung gemacht, dass die Bezugspersonen die Gespräche mit der Fachperson als sehr wertvoll empfinden.
- 1.5 Von der Orientierung wird Kenntnis genommen.

Spitex Grenchen
SDOL

4.1.1.1 / acs

Stadtpolizei: Schaffung von neuen Stellen für die gemeindepolizeilichen Aufgaben ab 2023

Vorlage: KZL/24.03.2022

1 Erläuterungen zum Eintreten

1.1 Wie Gemeinderat Robert Gerber, Referent der Gemeinderatskommission, ausführt, hat der Gemeinderat am 1. Februar dieses Jahres dem Projekt «Integration der polizeilichen Aufgaben nach Kapo-Gesetz in die Polizei Kanton Solothurn» zugestimmt und die bestehenden Stellen auf den 31. Dezember 2022 aufgehoben. Ebenfalls stimmte er dem Antrag zu, es seien ihm Anträge zur künftigen Organisation im ganzen Bereich Sicherheit (inkl. Rettung, Feuerwehr und Zivilschutz) und zu denen in diesem Zusammenhang neu zu schaffenden Stellen vorzulegen. Letzteres geschieht mit dieser Vorlage heute.

Die gemeinde- und verwaltungspolizeilichen Aufgaben, wie sie in Ziffer 1.3, Buchstabe a und b aufgelistet sind, sind abgeleitet aus dem Aufgabenkatalog «Künftige Aufgaben der Stadt Grenchen», wie sie in der Beilage 1 zur Gemeinderatsvorlage vom 1. Februar aufgelistet waren. Diese Liste war ebenfalls Bestandteil der Vorlage vom 1. Februar und wurde vom Gemeinderat so genehmigt.

Insgesamt betrifft man da etwas Neuland. Die gemeinde- und verwaltungspolizeilichen Aufgaben und Massnahmen und Aufgaben im Bereich Verkehr wurden bisher schon von Mitarbeitenden des Stadtpolizeikorps besorgt. Diese Tätigkeiten waren auf zahlreiche Schultern verteilt. Mit dieser Aufstellung wird nun versucht, das Ganze zu konzentrieren.

Die Aufstellung unter Ziffer 2.3 zeigt, wie diese Aufgaben auf einzelne Funktionen verteilt werden könnte. Selbstverständlich können die Stellenprozente bei den einzelnen Funktionen in einer Übergangsphase variieren. Das Ganze muss sich dann noch einspielen. Aus diesem Grunde wird um die Bewilligung von mindestens 500 Stellenprozente ersucht, einerseits um eine gewisse Flexibilität zu bekommen und andererseits um bei einem Übertritt oder Verbleib von Mitarbeitenden fortgeschrittenen Alters ebenfalls flexibel sein zu können.

Unter Umständen erweist es sich aus Opportunitätsgründen mit der Zeit als zweckmässig, dem neu zu schaffenden Bereich weitere Aufgaben zuzuweisen, weil sie artverwandt sind oder ganz einfach hier besser beackert werden können. Das heisst aber auch, dass im Verlaufe des Prozesses - man steht ganz am Anfang - weitere Beschlüsse nötig sein könnten.

Als nächster Schritt werden die Stellenbeschriebe ausgearbeitet und die Stellen eingereiht. Der erste Schritt läuft bereits.

Zu den Anträgen: Auf den 1. Januar 2023 sollen sieben Stellen mit einem Stellenrahmenplan von total 500 Stellenprozenten geschaffen werden. Die Dotierung der Stellen richtet sich provisorisch nach der Tabelle gemäss Ziffer 2.3 der Vorlage und über die definitive Höhe des gesamten Stellenetats entscheidet die Gemeinderatskommission, sobald sich dies gesichert Festlegen lässt. Robert Gerber bittet den Rat, den entsprechenden Anträgen zuzustimmen.

2 Eintreten

- 2.1 Nachdem alle Stellen der Stadtpolizei auf den 31. Dezember 2022 aufgehoben wurden, so Gemeinderat Matthias Meier-Moreno, ist es nun zwingend nötig - so hat man es den Korpsangehörigen versprochen - die neuen Stellen der gemeindepolizeilichen Aufgaben für 2023 zu schaffen. Wie man der Vorlage entnehmen kann, werden für die zukünftige Aufgabenerfüllung im Bereich verwaltungs-, gewerbe- und verkehrspolizeilichen Aufgaben rund 400 Stellenprozent benötigt. In der Übergangsphase ist es jedoch wichtig, davon abzuweichen und bewusst eine Stellenprozentaufstockung bis zu 500 Stellenprozent für die Teil- und Frühpensionierungen anzubieten. Mit der Übergangszeit von drei Jahren ist die Mitte-Fraktion absolut einverstanden und findet dies eine faire Regelung. Auch mit den neu geschaffenen Stellen ist sie einverstanden. Nachdem das Personalamt und die Arbeitsgruppe Stapo die Stellenbeschriebe ausgearbeitet haben, sollen diese ordnungsgemäss durch die OGS AG eingereicht und vom Gemeinderat verabschiedet werden. Danach oder gleichzeitig soll die interne Rekrutierung erfolgen, respektive jeder Polizist der Stapo soll die Möglichkeit erhalten, sich auf eine neue Funktion zu bewerben. Dasselbe gilt auch für die Polizisten, welche sich für die Kantonspolizei interessieren. Somit erhalten alle die gleichen Chancen, sich auf eine Stelle zu bewerben. Die Mitte-Fraktion dankt für die ausgearbeitete Vorlage und hofft mit dem Eintreten und dem Zustimmung der Anträge für Klarheit und wieder etwas mehr Sicherheit bei den Polizisten der Stapo zu sorgen.
- 2.2 Gemeinderat Alexander Kohli erklärt, dass die FDP-Fraktion die Neuordnung der gemeindepolizeilichen Aufgaben als sinnvoll und notwendig erachtet. Selbstverständlich ist ihr bewusst, dass der angestrebte Fusionsgewinn erst nach drei Jahren Konsolidierungsphase in einer Endreduktion von 400 Stellenprozent wirklich vollzogen werden kann. Aber es ist im Sinne der kontinuierlichen Überführung der alten Stadtpolizei in die neue Situation darauf zu achten, dass der Service public für Verkehrsfragen, Marktwesen etc. nicht einfach wegbricht. Vor diesem Hintergrund versteht die FDP die eher vorsichtige Vorgehensweise mit der Beantragung von 500 Stellenprozent. Diese müssen nicht unbedingt bis Ende 2025 auch ausgenutzt werden. Aus diesem Grund wird die FDP der Vorlage so zustimmen.
- 2.3 Die SVP-Fraktion, so Gemeinderat Ivo von Büren, hat die Vorlage akribisch geprüft und kann mit den beantragten 500 Stellenprozent absolut leben. Sie tritt auf das Geschäft ein und unterstützt die Anträge gemäss Vorlage.
- 2.4 Gemäss Vize-Stadtpräsident Remo Bill hat der Gemeinderat an seiner Sitzung vom 1. Februar 2022 entschieden, dass das Korps der Stadtpolizei in das Korps der Kantonspolizei integriert wird. Die heutige Gemeinderatsvorlage «Schaffung von neuen Stellen für die gemeindepolizeilichen Aufgaben ab 2023» bestätigt, dass die Stadtpolizei Grenchen nicht abgeschafft wird. Das hat man dem Korps der Stadtpolizei Grenchen am 28. März 2022 auch präsentiert. Ein grosser Teil von ca. 15 Polizistinnen und Polizisten wird, sofern sie wollen, in das Korps der Kantonspolizei integriert werden.

Das hat auch der anwesende Kommandant der Kantonspolizei Thomas Zuber so bestätigt. Der «Fahrplan» des Kantons wurde durch Thomas Zuber dem Korps der Stadtpolizei präsentiert. Das Ziel des Kantons ist, dass die Integration des Korps der Stadtpolizei bis Ende 2022 in das Korps der Kantonspolizei vollzogen werden kann. Gleichzeitig werden für gemeindepolizeiliche Aufgaben auf den 1. Januar 2023 in der Stadt Grenchen neue Stellen geschaffen. Gemeinderat Robert Gerber hat die Vorlage im Detail vorgestellt. Die SP-Fraktion wird den vorliegenden Anträgen so zustimmen.

- 2.5 Laut Gemeinderat Patrick Zberg zeigt sich schon jetzt, dass das ursprünglich veranschlagte Sparpotenzial der Abschaffung der Stadtpolizei nicht eingehalten werden kann. Jetzt spricht man von drei Jahren, in denen man eine Stelle mehr schaffen will. Ehrlich gesagt, ist es eine Augenwischerei zu glauben, dass nach drei Jahren in einem sogenannten eingespielten Team nachher einfach eine Stelle gestrichen wird. Die glp wird den Vorschlag entsprechend ablehnen.
- 2.6 Stadtpräsident François Scheidegger fügt an, dass es hier um die Leistungen gemäss § 65 der Gemeindeordnung geht. Es handelt sich um einen Rahmenstellenplan, wie man das bei den Sozialen Diensten Oberer Leberberg hat. Übrigens wird dieser auch nicht ausgeschöpft.

Eintreten wird beschlossen.

3 Detailberatung

- 3.1 Keine Wortmeldungen.

Es ergeht mit 14 : 1 Stimmen folgender

4 Beschluss

- 4.1 Die Schaffung der Stellen Nr. 30, 31, 32, 33, 34, 35 und 36 ab dem 01.01.2023 wird beschlossen.
- 4.2 Ein Rahmenstellenplan von total 500 Stellenprozenten wird genehmigt.
- 4.3 Die Dotierung der Stellen richtet sich provisorisch nach der Tabelle gemäss Ziffer 2.3 der Vorlage.
- 4.4 Über die definitive Höhe der gesamten Stellenprozente entscheidet zu gegebener Zeit die Gemeinderatskommission.

Vollzug: AG Stapo / PA

Stapo
PA
Marc Hauser, Präsident VSPB Sektion Polizei Stadt Grenchen

1.2.0 / acs

Gemeindeordnung: Ergänzung § 65 mit Abs. 5

Vorlage: KZL/24.03.2022

1 Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1 Stadtschreiberin Luzia Meister fasst die Vorlage zusammen und gibt ergänzende Erläuterungen.

2 Eintreten

- 2.1 Wie Gemeinderat Robert Gerber ausführt, wurde an der GR-Sitzung vom 8. März 2022 eine dringlich erklärte Motion vom Gemeinderat überwiesen, welche die Gemeindeordnung sprich den § 65 mit einem Abschnitt 5 ergänzen will, welcher besagt, dass über eine allfällige Abschaffung der Stadtpolizei an der Urne abzustimmen sei. In der Zwischenzeit wurde seitens der Stadtkanzlei zu diesem Thema eine ausführliche Vorlage ausgearbeitet. Ihr ist zu entnehmen, dass bei einer allfälligen Annahme dieses Ergänzungsantrages diese Änderung der Gemeindeversammlung an ihrer nächsten Sitzung vom 21. Juni 2022 vorgelegt würde. Es würde am eingeschlagenen Weg nichts ändern, aber es würde zu weiteren Verunsicherungen kommen. Robert Gerber verweist da auf die Ziffer 2.5.8 der Vorlage. Zusammengefasst heisst es dort, wenn die Gemeindeordnung tatsächlich im beantragten Sinne geändert würde, würden falsche Hoffnungen geweckt, dass die kantonalen Aufgaben, die mit der Kündigung der Zusammenarbeitsvereinbarung angegeben wurden oder werden, wieder zurückgenommen würden und ein neuer Vertrag ausgearbeitet würde. Es ist nicht dieser Vertrag, der für finanziellen Probleme der Stadt Grenchen massgebend ist. Es ist der Vertrag über die finanzielle Abgeltung, der massgebend ist oder wäre. Es ist illusorisch zu glauben, die Regierung wäre dazu zu bewegen, der Stadt Grenchen auch nur annähernd eine Entschädigung auszurichten, die dem Namen Entschädigung einigermaßen gerecht würde. Der eingeleitete Prozess käme ins Stocken und damit wäre niemandem gedient, der Stadt nicht, den Angehörigen des Polizeikorps nicht - sie würden weiter auf die Folter gespannt - und dem Kanton nicht, der auch nicht recht wüsste, wie es weitergehen soll. Schon bei der Behandlung der Motion im letzten Gemeinderat gab es Vorbehalte zum Vorgehen und zur Formulierung der Ergänzung des § 65 der Gemeindeordnung, insbesondere, was „Abschaffung der Stadtpolizei“ heisst. Es liegt in der Natur von dringlichen Vorstössen, dass jeweils in der zur Verfügung stehenden Zeit nicht alles à fonds abgeklärt werden kann. Aus all diesen Gründen beantragt die FDP-Fraktion, es sei auf diese Vorlage nicht einzutreten.

- 2.2 Gemeinderat Matthias Meier-Moreno erklärt, dass er sich voll und ganz seinem Vorredner anschliessen kann. Wie bereits beim letzten Gemeinderat anlässlich der Behandlung der dringlichen Motion mitgeteilt, wird die Mitte-Fraktion dieses Unterfangen nicht unterstützen und folgt somit dem Antrag von Robert Gerber auf Nicht-Eintreten.
- 2.3 Gemeinderat Ivo von Büren kann sich den beiden Vorrednern anschliessen. Die SVP-Fraktion wird auf die Vorlage nicht eintreten.
- 2.4 Gemeinderat Daniel Hafner meint, dass es sich natürlich nicht so elegant abgespielt hat, wie das hier postuliert wurde. Er findet, dass es eine gewisse Aufarbeitung braucht. Die Integration der Stadtpolizei in die Kantonspolizei ist ein Prozess, der nicht in die Schulbücher der weisen Gemeindepolitik aufgenommen wird. Der Kurs, den das Gremium an seiner Herbst-Sitzung eingeschlagen hat, ist aus seiner Sicht ein falscher. Man hätte damals das Volk unbedingt in den Entscheid mit einbeziehen müssen. Auch seine Partei hat sich aktiv an der Gestaltung dieser Taktik beteiligt und das findet er nicht toll. Aber auch die glp hat damals dem Vorgehen zugestimmt. Auch wenn der jetzige Vertreter damals nur „Ersatz-Gemeinderat“ war, kann er sich nicht vorstellen, dass das die damalige Gemeinderätin Nicole Hirt im Alleingang durchgezogen hat. Die Integration der Stadtpolizei in die Kantonspolizei ist im Interesse der Stadt und wurde mit der Zustimmung von allen Parteien ausgeführt und vorgenommen, auch mit derjenigen der glp. Er erinnert sich an verschiedene Sitzungen im Rahmen eines Workshops, in denen sich die seinerzeitige glp-Vertreterin aktiv miteingebracht hat. Es wäre seines Erachtens nicht zu spät, wenn der Stadtpräsident zu diesem Thema ein öffentliches Podium organisieren würde, wo man sich den Fragen des Volks stellen könnte (mit Vertretern der Stadtpolizei, der Kantonspolizei und der Politik), damit man den Gerüchten und Unwahrheiten, die im Umlauf sind, begegnen könnte. Damit könnte man schon einmal sehr viel Feuer aus der Geschichte herausnehmen. Das Vorgehen der glp jedoch ist nicht zum Vorteil der Stadt und schon gar nicht zu demjenigen des Polizeikorps. Die magistrale Kehrtwende gipfelt in einem Vorgehen, das er an der letzten Sitzung als an Nötigung grenzend empfunden hat. Wortlaut von Patrick Zberg: *„Entweder unterstützt man meine dringliche Motion oder ich werde meine Beschwerde beim Kanton nicht zurückziehen“*. Verantwortungsvoll gegenüber der Stadt und Bevölkerung ist anders. Jetzt liegt die glp-Motion auf Tisch. Die Gemeindeordnung soll abgeändert werden. Sie kommt zu einer Unzeit. Die politische Debatte hätte in der Öffentlichkeit spätestens im Herbst 2021 geführt werden müssen. Man hat jetzt Entscheide gefällt und es gilt jetzt, diese umzusetzen und der Bevölkerung zu erklären, was der Gemeinderat eigentlich macht. Das ist man der Stadt, dem Kanton, der Kantonspolizei und nicht zuletzt dem Korps der Stadtpolizei schuldig. Die SP-Fraktion wird auf die Motion nicht eintreten.
- 2.5 Gemeinderat Patrick Zberg hält sich kurz. Man hat schon gehört, wie entschieden wird. Leider kann sich die Bevölkerung von Grenchen nach wie vor nicht zu diesem Thema äussern. Die Motion wäre eine letzte Chance gewesen, wie man das der Bevölkerung hätte bieten können. Das will man aber auf keinen Fall. Dann ist es halt so!

Es ergeht mit 13 : 1 Stimmen, bei 1 Enthaltung, folgender

- 3 Beschluss
- 3.1 Auf das Geschäft wird nicht eingetreten.

Vollzug: KZL

Stapo
PA
Marc Hauser, Präsident VSPB Sektion Polizei Stadt Grenchen

1.2.3 / acs

Unterschriftensammlung «Das Geschäft 'Abschaffung der Stadtpolizei Grenchen' muss an die Urne»

Vorlage: KZL/23.03.2022

1 Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1 Stadtschreiberin Luzia Meister fasst die Vorlage zusammen und gibt ergänzende Erläuterungen.

2 Eintreten

- 2.1 Wie Gemeinderat Matthias Meier-Moreno ausführt, dankt die Mitte-Fraktion der Stadtschreiberin für die informative Vorlage und die sehr aufschlussreichen Erläuterungen zur Unterschriftensammlung und der enthaltenen Forderung nach einer Urnenabstimmung. Wer die Vorlage genau gelesen hat, dem fällt als Erstes auf, dass mittels der Unterschriftensammlung etwas eingefordert wird, was gar nicht möglich ist. Somit ist eigentlich alles gesagt, weitere Worte braucht man darüber nicht zu verlieren. Die Mitte-Fraktion ist für Eintreten und folgt den Anträgen.

Eintreten ist obligatorisch.

3 Detailberatung

- 3.1 Gemeinderat Peter Brotschi bezieht sich auf Ziff. 2.6 der Vorlage, wo steht, dass sich der Initiator der Unterschriftensammlung insbesondere *als Mia-Organisator durch die Aufgabenverschiebung an den Kanton betroffen sieht*. Es hat ihn sehr gestört, dass die Unterschriftensammlung auch unter dem Titel durchgeführt wurde, dass in Grenchen offenbar keine Anlässe mehr organisiert werden können (wie z.B. die Flugtage). Die Stadt Olten, welche die Stadtpolizei abgeschafft hat, hat etliche Grossveranstaltungen, ohne dass es dort eine Stadtpolizei gibt. Das Gleiche trifft zu in Kriegstetten mit der Krebskilbi, in Laupersdorf mit dem Brunnenfest, in Schnottwil mit der Chilbi etc.

Es ergeht mit 14 : 1 Stimmen folgender

4 Beschluss

- 4.1 Es wird festgestellt:
4.1.1 Die Unterschriftensammlung wurde formell nicht korrekt durchgeführt.

- 4.1.2 Die Unterschriftensammlung ist bezüglich des Begehrens, ein Geschäft «Abschaffung der Stadtpolizei» an die Urne zu bringen, ungültig.
- 4.1.3 Die Unterschriftensammlung ist bezüglich des Begehrens, eine Gemeindeversammlung einzuberufen, bei der ein Geschäft «Abschaffung der Stadtpolizei» beraten wird, gegenstandslos, soweit es überhaupt in der Kompetenz der Gemeindeversammlung läge.

Vollzug: KZL

Stapo
PA
Marc Hauser, Präsident VSPB Sektion Polizei Stadt Grenchen

1.2.3 / acs

Postulat Fraktion FDP: Für eine benutzerfreundlichere Gebührenpflichtzeit auf dem Parkplatz Postplatz Nord (Schrankensystem) und geordnetere Parkverhältnisse an der Marktstrasse und an der Schild-Ruststrasse: Beschluss über Erheblicherklärung

Vorlage: KZL/24.03.2022

1 Erläuterungen

1.1 Stadtpräsident François Scheidegger erklärt, dass die Motion von der Stadtpolizei in Koordination mit der Stadtschreiberin Luzia Meister schriftlich beantwortet wurde.

1.2 Gemeinderat Robert Gerber dankt den involvierten Stellen für die Beantwortung des Postulats. Der Gemeinderat hat im Jahre 2020 den Parkplatz Postplatz Nord in eine moderne, urbane Parkplatzanlage umfunktioniert. Vorher war dieser Parkplatz, dieser teure Parkplatz, mehr oder weniger ein Autoabstellplatz für Krethi und Plethi, aber nicht für das städtische Gewerbe. Die Anlage hat sich bewährt und bewährt sich weiter. In der Zwischenzeit kamen doch vereinzelt Stimmen auf, die fragten, warum die Gratisparkzeit erst ab acht Uhr morgens gelte. Es gibt in der Umgebung des Postplatzes durchaus Geschäfte, die vor acht Uhr öffnen und entsprechend frequentiert werden. Es gibt auch Postkunden, welche vor acht Uhr ihre Postgeschäfte verrichten und ihr Postfach leeren. Unter Umständen war man sich dessen bei der Einführung dieser neuen Regelung vor zwei Jahren zu wenig bewusst.

Zur Marktstrasse: Danke für die gute Aufnahme des Anliegens der FDP-Fraktion. Das Wort Chaos ist hier durchaus richtig am Platz. Gerade weil einige Leute meinen, sie müssten halbtagsweise dort parkieren, hat es für die Kundinnen und Kunden der angrenzenden Geschäfte meist wenig bis gar keinen Platz. Mit der in Aussicht gestellten neuen Ein-Stunden-Regelung kann den Interessen des Gewerbes besser Rechnung getragen werden.

Zur Schuld-Rust-Strasse: Hier kann man in guten Treuen geteilter Meinung sein. Er meint eher wahrzunehmen, dass hier zeitweise eher Pendlerinnen und Pendler die Parkplätze belegen und weniger die Kaffee trinkenden Grenchnerinnen und Grenchner. Aber diesem Umstand kann sich die Polizei ja annehmen und ein Auge darauf werfen.

Nochmals zum Postplatz Nord. Da bittet er die involvierten Stellen, nochmals über die Bücher zu gehen und eine Änderung der Parkgebührenordnung ins Auge zu fassen, welche den Bedürfnissen der Frühaufsteher besser Rechnung trägt.

Er bittet dem Rat, das Postulat erheblich zu erklären und es nicht abzuschreiben.

- 1.3 Gemäss Christian Ambühl entscheidet der Gemeinderat, was die Parkplatzgebühren betrifft. Er bezieht sich auf seine Ausführungen in der Vorlage und bemerkt noch Folgendes: Der Parkplatz Postplatz Nord wurde mit einer Schranke ausgestattet, aber auch diese kostet etwas. Seiner Meinung nach hat es sich gut eingependelt. Es gab sozusagen keine Reklamationen. Wenn halt zwei, drei Bürger am Morgen ihr Gipfeli beim Bäcker holen müssen und dazu ihr Auto verwenden, sind 20 Rappen durchaus verkraftbar und vertretbar, da sie schliesslich die Strasse belasten und den Parkplatz benutzen. Zudem wird die Filiale der Post CH AG nicht mehr lange an der Kirchstrasse 10 sein, weil sie ihr Domizil verschieben will und somit kommt das Argument, dass dies die Leute betrifft, die morgens auf die Post müssen, schon gar nicht mehr zum Tragen. Dann müsste man die Parkzeiten wieder wechseln und das kostet einfach immer. Betreffend Marktstrasse sieht er kein Problem, wenn man eine Ein-Stunden-Regelung trifft. Bei der Schild-Rust-Strasse muss er sagen, dass es dem Pendler, der den ganzen Tag dort parkiert, vermutlich egal ist, ob die Parkzeit eine Stunde oder zwei Stunden beträgt. Er stellt sein Auto trotzdem hin. Dort spielt es absolut keine Rolle. Allerdings wenn man von der Förderung des Gewerbes spricht, gibt er zu bedenken, dass ein altes Grosi, wenn es einkaufen und einen Kaffee trinken geht, sicher nicht in einer Stunde zurück bei ihrem Auto ist. Dort eine Ein-Stunden-Regelung zu treffen, sieht er absolut nicht. Für ihn wäre eine Teillösung gut, aber die Stadt unterstützt das in diesem Sinne nicht. Der Entscheid liegt ganz klar beim Gemeinderat. Die Stadtpolizei ist nur die Behörde, die das Ganze dann umsetzt.

2 Eintreten

Eintreten ist obligatorisch.

3 Diskussion

- 3.1 Vorab erklärt Gemeinderat Richard Aschberger, dass die SVP-Fraktion verfahren will, wie in der Vorlage beantragt wurde. Es geht hier primär um einen Prüfauftrag und sonst nichts weiter, es ist keine Motion und zudem liegt es im Kompetenzbereich der Polizei. Anfügen möchte er aber noch, dass die SVP seit jeher für eine gute Erreichbarkeit der Innenstadt und damit Förderung des heimischen Gewerbes eingestanden ist und weiter einstehen wird und auch gegen jegliche Parkplatzaufhebungen votieren wird, sollte man wieder einmal auf so eine Idee kommen. Der in der Vorlage erwähnte Punkt mit dem knappen Zeitbudget am Mittag, wenn man eine Stunde maximal Parkzeit hat, kann man ja auch einfach einmal pragmatisch auslegen, wie man das von anderen Städten her kennt. Über die Mittagszeit hat man einen Slot, wo man eine halbe Stunde überziehen kann, und somit hat man 90 Minuten Zeit, das reicht problemlos für ein 3-Gang Menu inklusive Kaffee. Er weiss nicht mehr genau, in welcher Stadt das war (er glaubt in Rothenburg oder Emmen). Da war auch eine Stunde, er hat am Mittag überzogen und hatte einfach einen Zettel der Polizei unter dem Scheibenwischer, wo auf die Stunde hingewiesen wurde und er wohl länger beim Mittagessen war. Es gab keine Busse. So geht das mit Kundenfreundlichkeit und Service für den Bürger. Die Situation an der Schild-Rust-Strasse und im ganzen Perimeter ist ja nicht neu, so was entschärft sich erst, wenn die dortige Wiese einmal überbaut und mit einer adäquaten Tiefgarage bestückt wird, wo dann die Pendler/-innen ihre Autos einstellen können gegen Miete und man somit die Kurzzeitparkplätze wieder vollumfänglich für das Gewerbe zur Verfügung hat.

- 3.2 Die Mitte-Fraktion, so Gemeinderat Peter Brotschi, dankt für die Vorlage und ist für die Erheblicherklärung, aber nicht die Abschreibung des Postulats. Die Probleme sind in der Stadt bekannt, es ist nichts Neues. Es ist tatsächlich so, dass an der Schild-Rust-Strasse die Parkplätze morgens um 07.00 Uhr besetzt sind (nicht nur an einem Markttag). Zu dieser Uhrzeit haben weder Läden noch Arztpraxen offen. Er erkundigt sich, ob man schon mit dem Personalbüro der entsprechenden Firma über die Macheschaften ihrer Mitarbeitenden - vornehmlich mit Berner Kennzeichen - gesprochen hat.
- 3.3 Laut Gemeinderat Daniel Hafner hat das Postulat zwei Themen. Der erste Aspekt ist die Gebührenpflicht-Zeit. Er hält fest, damit er alles richtig verstanden hat: In Grenchen ist es möglich, an bester Lage für 20 Rappen in der Stunde zu parkieren. Während den Öffnungszeiten zahlt man, wenn man kurzzeitig etwas einkaufen geht, gar nichts. Und da macht sich die FDP zum Anwalt von zwei oder drei Kleingeistern, denen 20 Rappen ein Ärgernis bedeuten. Ernsthaft jetzt? Man berät hier ein Postulat von 20 Rappen in der Stunde. Wenn die Stadt Grenchen von der Restschweiz, insbesondere von den Kollegen im Osten, als minderbemittelt angesehen wird, dann sind das so Geschichten dazu. Er kann sich vorstellen, dass das nächste Postulat lautet: Jeder, der in Grenchen parkiert, bekommt von der Stadt einen Gutschein zum Tanken. Das wäre dann die Steigerung: Autostadt - wenn schon, denn schon! Der zweite Aspekt betrifft die Parkplatzsituation an der Schild-Rust-Strasse und der Marktstrasse, die ein Ärgernis ist. Er staunt, dass die Leute dort problemlos gratis parkieren können. Hier bittet er, alle rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen, um dem einen Riegel zu schieben. Die ETA hat genügend Parkplätze in Grenchen. Deshalb ist der Vorschlag, dass man die Parkzeit reduziert, berechtigt, zumindest an der Marktstrasse. Dort hat er das Gefühl, dass die Bewohner des dortigen Wohnblocks ihre Autos auch noch in der entsprechenden Zone parkieren. Deshalb ist die Reduktion der Parkzeit sinnvoll. Er denkt, dass man sie auf eine halbe Stunde reduzieren kann. Derjenige, der wirklich das Gewerbe berücksichtigen will und ins Sportgeschäft oder in die Drogerie geht, braucht nicht 30 Minuten. Wer den berühmt-berüchtigten Kaffee trinken will, kann im Parkhaus Coop parkieren. Dort hat sich die Stadt für viel Geld eingekauft. Warum man den Leuten nicht zumuten kann, dass sie vom Coop-Parkhaus aus ihre Einkaufsrunde machen (inkl. Kaffee trinken gehen), ist ihm ein Rätsel. Das staunt er einfach. Deshalb wäre seine Idee, dass man die Parkplätze an der Marktstrasse und Schild-Rust-Strasse in Einkaufsparkplätze sprich Kurzzeitparkplätze mit 30 Minuten Parkzeit umwandelt und sie entsprechend freihält, damit das Gewerbe wirklich davon profitiert. In diesem Sinne wird die SP-Fraktion das Postulat erheblich erklären.
- 3.4 Gemäss Gemeinderat Patrick Zberg fordert das Postulat eine Prüfung. Anhand der Diskussion kann er erkennen, dass eine Prüfung sicher sinnvoll ist. Persönlich macht er beliebt, dass man sich vor allem für eine Vereinfachung interessiert und klarer aufzeigt, wo man wie lange parkieren kann. Wenn man die Schilder angeschaut, muss man zum Teil sehr genau hinsehen, wie die Regelungen sind. Andererseits kann er ein Stück weit verstehen, dass sich der Bürger fragt, warum er um 07.50 Uhr, aber nicht um 08.10 Uhr bezahlen muss. Er würde die Regelungen gerne ein bisschen vereinfacht sehen, damit jeder von Anfang sieht, was Sache ist. In einem zweiten Schritt geht es dann darum, dass diejenigen, die gegen die Vorgaben verstossen, entsprechend bestraft werden. Er würde nicht jeden Tag vor der Firma, in der er arbeitet, parkieren, wenn er jedes Mal eine Busse kassieren würde. Da hätte er irgendeinmal genug. Deshalb ist die glp für Erheblicherklärung des Postulats.

- 3.5 Gemeinderat Matthias Meier-Moreno findet auch, dass die 20 Rappen für ein Gipfeli noch jeder aufwerfen kann. Diesen Teil des Postulats kann er auch nicht unterstützen. Aber man hat hier das Problem, dass drei Sachen Gegenstand des Postulats sind. Bei den anderen zwei Sachen muss man definitiv hinschauen und nachbessern. In der Schild-Rust-Strasse müsste die Polizei büssen, büssen und nochmals büssen und im nächsten Monat gleich nochmals. Er weiss, dass es nicht schön ist, wenn man das machen muss. Man muss die Leute nacherziehen und entsprechend mit Nachdruck dahinter gehen, damit es dort endlich aufhört. Hier muss man wirklich durchgreifen. In der Marktstrasse braucht es tatsächlich eine Änderung. Er findet den Vorschlag von Robert Gerber sehr gut und kann ihn unterstützen. Die 20 Rappen kann man so lassen. Die Parkschranke hat sich sehr bewährt. Er macht beliebt, sich zu überlegen, ob man nicht die gleiche Lösung für den EPA-Parkplatz in Betracht ziehen könnte. Dort parkieren ganz viele Leute, die nichts bezahlen bzw. die Parkplätze als Langzeitparkplätze missbrauchen, was eigentlich nicht das Richtige ist. Er geht privat viel ins Coop-Parkhaus und parkiert sein Auto im UG 3 (Centro). Von dort ist er ganz schnell auf dem Marktplatz, was für ihn perfekt ist. Aber für andere ist das offenbar ein zu langer Weg. Das ist nun leider so. Er bittet auch hier, Nacherziehung zu machen, damit es irgendwann fruchtet. Dort hilft er gerne mit.
- 3.6 Gemeinderat Alexander Kaufmann findet, dass man wirklich ein Luxusproblem hat. Die Stadt hat für das Parkhaus Coop viel Geld ausgegeben. Für das zusätzliche Geschoss hat sie damals 4.5 Mio. gesprochen. Es ist eine Tatsache, dass das Parkdeck dort unten mehr oder weniger immer leer ist. Es ist kaum einmal belegt. Die Parkplätze an der Oberfläche sollte man wirklich als Kurzparkplätze behandeln. Deshalb ist er mit der Anpassung der Parkzeiten einverstanden. Es kann nicht sein, dass man ein Parkhaus hat, das halbleer ist und die Leute die oberirdischen Plätze benutzen, um einen Kaffee trinken zu gehen. Im Parkhaus kann man eine Stunde gratis parkieren. Das sind Luxusprobleme, die man hier diskutiert. Er ist nicht gegen das Postulat.
- 3.7 Gemäss Richard Aschberger gibt es in anderen Städten die Möglichkeit, jemandem, der z.B. dreimal in Folge innerhalb von kurzer Zeit immer wieder auf dem gleichen Parkplatz gebüsst wird, die Busse zu erhöhen. Wenn man an der Schild-Rust-Strasse die Leute eine Woche lange kontrollieren würde und sie im Wiederholungsfall einen Zuschlag zur Busse entrichten müssten, würde das vielleicht helfen. Gibt es diese Möglichkeit in Grenchen?
- 3.8 Betreffend Kontakt mit der Firma meint Christian Ambühl, dass man mit der ETA Gespräche geführt hat. Die ETA-Mitarbeitenden waren auch diejenigen, welche die Parkingpay-App vom Büro aus bedient haben, wenn sie sahen, dass kontrolliert wurde. Das hat aber nichts genutzt, sie wurden trotzdem gebüsst. Für die ETA-Leitung ist das Parkplatzproblem ihrer Mitarbeitenden nicht so wichtig. Für sie zählt vielmehr, dass diese pünktlich zur Arbeit erscheinen. Wenn sie da sind, ist es eigentlich für die ETA erledigt. Sie schafft immer wieder Parkplätze, aber ihr geht auch der Platz aus. Es ist also nicht so, dass die ETA nichts macht. Sie schafft auf ihrem Boden Parkplätze, aber es reicht noch lange nicht. Sie kann als Arbeitgeberin ihren Arbeitnehmenden noch lange sagen, dass sie nicht mit dem Auto kommen sollen, sie machen es trotzdem. Sie kann als Arbeitgeberin nicht direkt Einfluss nehmen, aber die ETA ist immer bereit, der Stadt zu helfen und ihr entgegenzukommen, aber letztlich stellt der Mitarbeitende das Auto dort hin.
- 3.9 François Scheidegger bemerkt, dass man die Installation eines Schrankensystems auf dem ETA-Parkplatz intern schon ein paar Male diskutiert und der Polizeikommandant es auch geprüft hat.

- 3.10 Christian Ambühl meint, dass eine Schranke auf dem EPA-Parkplatz möglich wäre. Das Problem ist, dass dieser nicht so gross ist. Wenn er eine Schranke mit der Ein- und Ausfahrt einrichten muss, gehen Parkplätze verloren. Das sieht man auf dem Parkplatz Postplatz Nord. Dort mussten auch Parkplätze aufgehoben werden. Verliert man auf dem EPA-Parkplatz die Parkplätze in der Einfahrtszone, bleiben nicht mehr viele übrig. Dann würde der Parkplatz die Kosten, welche das Schrankensystem generiert, nicht mehr decken. Es wäre eine gute Lösung, aber der Platz ist zu klein.
- 3.11 François Scheidegger fügt an, dass sich das Schrankensystem auf dem Postplatz Nord bewährt hat, aber die Lösung ist nicht ganz gratis. Mit den Tarifen, die man hat, nimmt man nicht sehr viel ein.
- 3.12 Christian Ambühl erklärt, dass es keine Progression für Wiederholungstäter gibt. Es gibt das Strassenverkehrsgesetz. Sobald sich ein Fahrzeug in den Verkehr einfügt, fängt es wieder bei null an. Er kann nicht am nächsten Tag sagen, dass die Busse das Doppelte kostet. Das wird nicht funktionieren. Es gibt nur eine progressive Ausgestaltung der Parkgebühren, damit die Belegung der Parkplätze durch Dauerparkierer verhindert werden kann.
- 3.13 François Scheidegger muss zur Ehrenrettung der FDP-Fraktion sagen, dass es nicht um die 20 Rappen geht. Daniel Hafner hat es vorhin ein wenig plakativ formuliert. Das Thema ist die Gleichbehandlung der Gewerbebetriebe. Es gibt tatsächlich Gewerbebetriebe, die vor 08.00 Uhr öffnen und das Gefühl haben, sie würden nicht gleich wie die anderen behandelt. Man hat das bei der Einführung zu wenig bedacht, aber irgendwann muss man zwischen 06.00 und 08.00 Uhr einen Schnitt machen.
- 3.14 Keine weiteren Wortmeldungen.

Es ergeht einstimmig folgender

4 Beschluss

- 4.1 Das Postulat wird erheblich erklärt.

Vollzug: Stapo

Stapo

6.3 / acs

Interpellation Robert Gerber (FDP): Wie viele Steuerfranken verliert die Stadt Grenchen jährlich wegen "falscher" Wochenaufenthalter und was wird dagegen unternommen? Beantwortung

Vorlage: KLZ/18.02.2022

- 1 Mit Datum vom 1. Februar 2022 reichte Robert Gerber (FDP) folgende Interpellation ein:

Wer die Wahl hat, in der Stadt Grenchen oder in einer anderen Gemeinde oder in einem anderen Kanton seine Steuern zu entrichten, wählt wohl eher einen anderen Kanton. Denn Grenchen und der Kanton Solothurn gehören, je nach Einkommen, zu den "Teureren", was die Steuern angeht. Andernorts fällt die Steuerrechnung tiefer aus. Der Anreiz, sich in Grenchen "nur" als Wochenaufenthalter oder Wochenaufenthalterin zu melden, besteht also.

Zudem kann man mit diesem Status unter Umständen auch am eigentlichen Wohnsitz höhere Steuerabzüge geltend machen - zum Beispiel für die Fahrt an den Arbeitsort. Das ist legal, solange sich der Lebensmittelpunkt auch wirklich nicht in der Stadt Grenchen befindet.

Erfahrungsberichte aus anderen grösseren Gemeinden und Städten zeigen, dass ein nicht unwesentliches Missbrauchspotential besteht und das Ergreifen von Massnahmen notwendig erscheint.

Wir ersuchen den Stadtpräsidenten bzw. die Finanzverwaltung um die Beantwortung folgender Fragen:

- 1. Wie viele Wochenaufenthalter und Wochenaufenthalterinnen sind in der Stadt Grenchen gemeldet?*
- 2. Wie hoch schätzt die Finanzverwaltung die Zahl der unrechtmässig als Wochenaufenthalter gemeldeten Personen?*
- 3. Welches Steuersubstrat geht der Stadt Grenchen durch diesen Missbrauch schätzungsweise verloren?*
- 4. Kennt die Stadtverwaltung die Praxis anderer Städte (z. B. Bern, Solothurn, Biel) bezüglich Legitimitätskontrolle des Wochenaufenthalter-Status? Wie sieht diese aus?*
- 5. Was unternimmt die Stadt Grenchen heute, um einem mutmasslichen Missbrauch entgegenzuwirken resp. ihn zu verhindern?*

6. *Wie erfolgt die Überprüfung der gemachten Angaben bei der Anmeldung von sogenannten Wochenaufenthaltern durch die Einwohnerkontrolle?*
7. *Sehen der Stadtpräsident und die Finanzverwaltung Handlungsbedarf? Falls nein, warum nicht? Falls ja, welche konkreten Massnahmen gedenken sie zu ergreifen?*

2 Beantwortung

- 2.1 Gemäss Stadtpräsident François Scheidegger wurde die Interpellation von Finanzverwalter David Baumgartner beantwortet. Die Interpellationsantwort wurde mit den Unterlagen zum heutigen Gemeinderat versandt und wird nicht mehr verlesen. Der Interpellant kann sich mit kurzer Begründung von der Antwort befriedigt, teilweise befriedigt oder nicht befriedigt erklären (§ 35 Abs. 3 GO). Eine Diskussion findet nur auf Antrag und nach Beschluss der Mehrheit der Stimmenden statt (§ 35 Abs. 4 GO).

3 Begründung

- 3.1 Nachdem in anderen Städten die Problematik der „Wochenaufenthalter“ mehr und mehr zum Thema wurde, so Gemeinderat Robert Gerber, interessierte es ihn, wie das in der Stadt Grenchen aussieht. Er staunt etwas, dass es nur so wenige gemeldete Wochenaufenthalter und -innen hat, auch weil Grenchen und der Kanton Solothurn im Steuerwettbewerb nicht ganz vorne mitspielen und geradezu prädestiniert wären für „falsche“ Wochenaufenthalter. Es könnte ja sein, dass in gewissen Appartements Personen logieren, die weder als Wochenaufenthalter noch als Einwohnende gemeldet sind. Da wäre ein genaueres Hinschauen vielleicht nicht schlecht. Er beantragt keine Diskussion, dankt der Finanzverwaltung für die Beantwortung seiner Fragen und erklärt sich von den Antworten befriedigt.
- 4 Das Geschäft wird als erledigt von der Geschäftskontrolle abgeschrieben.

FV
EK

1.1.4.2 / acs

Externe Unterstützung Bauinspektorat: Nachtragskredit

Vorlage: BD/15.03.2022

1 Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1 Stadtbaumeister Aquil Briggen fasst die Vorlage zusammen und gibt ergänzende Erläuterungen.

2 Eintreten

- 2.1 Gemeinderat Alexander Kaufmann erklärt, dass sich die personelle Situation in der Baudirektion leider nicht wesentlich verbessert hat. Die krankheitsbedingten Ausfälle belasten die Abteilung nach wie vor; die Situation bleibt angespannt. Bis Ende Februar wurden vom bewilligten Kredit von CHF 240'000.00 bereits CHF 220'000.00 aufgebraucht, dies durch nötige, externe Arbeitskräfte (pro Monat CHF 20'000.00). In Anbetracht des bereits aufgebrauchten Kredites ist der beantragte Nachtragskredit von CHF 100'000.00 für die nächsten 5 Monate plausibel. Mit der Nachfolgeregelung für den Bauinspektor konnte mittlerweile ein neuer Mitarbeiter mit 50%-Pensum eingestellt werden. Die SP-Fraktion hat sich auch die Frage gestellt, warum die neue Person nur im 50%-Pensum arbeitet, da doch zurzeit ein höheres Pensum von Nöten wäre. Aquil Briggen hat vorhin Erklärungen dazu abgegeben. So oder so muss die Baudirektion ihre Verpflichtungen ohne Qualitätsverlust erfüllen können. Darum steht die SP hinter diesen erforderlichen Massnahmen und unterstützt den Nachtragskredit von CHF 100'000.00. Die SP-Fraktion ist für Eintreten und unterstützt die Vorlage.

Eintreten wird beschlossen.

3 Detailberatung

- 3.1 Keine Wortmeldungen.

Es ergeht einstimmig folgender

4 Beschluss

- 4.1 Zu Lasten ER 2022 Konto 0222.3132.02 Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten, Diverse, wird ein Nachtragskredit von CHF 100'000.00 bewilligt.

Vollzug: PA, BD

BD (PL 2, Personalakten)
PA
FV

0.2.2 / acs

Motion Fraktion SP: Zentralpark schaffen als grüne Oase gegen den Klimawandel: Beschluss über Erheblicherklärung

Vorlage: KZL/18.02.2022

1 Erläuterungen

1.1 Stadtpräsident François Scheidegger erklärt, dass die Motion von der Baudirektion in Koordination mit der Standortförderung schriftlich beantwortet wurde.

1.2 Gemäss Michael Schlup, Ersatz-Gemeinderat, ist der Zentrumsark mehr als ein grüner Fleck. Aufgrund seiner zentralen Lage ist es ein sehr wichtiger Ort und ein Verknüpfungspunkt von mehreren Bereichen. Erstens ist es ein strategischer Entscheid gegen den Klimawandel, es ist ein erster Schritt, im Zentrum der Stadt etwas gegen die Hitze zu machen, die im Sommer unerträglich ist. Es wird die Menschen in den nächsten Jahren noch weiterverfolgen. Ein weiterer Punkt ist, dass es grundsätzlich eine Aufwertung des Stadtkerns ist. Man will nicht mehr Strassen, auch wenn man immer wieder sagt, dass Grenchen eine Autostadt ist. Grenchen ist auch eine Velostadt, eine Sportstadt, Kulturstadt. In diesem Sinne möchte er den Zentralpark als öffentlichen Raum der Bevölkerung zurückgeben und die Möglichkeit schaffen, dass sich dort Kultur, Restaurants und Läden ansiedeln können. Abgesehen davon gibt es um den Park herum mehrere Restaurants, was einem vielleicht gar nicht bewusst ist. Zuletzt ist es auch ein Ausgangspunkt der Grenchner Stadtgeschichte. Das hat er in der Motion auch so geschrieben. Zusammenfassend kann gesagt werden, dass das Ziel verdichtetes Bauen lobenswert ist, aber man muss schauen, dass man die Innenstadt noch am Leben erhält. Dann ist es auch ein Bekenntnis zu einer modernen, zukunftsgerichteten Stadt. In diesem Sinne möchte er die Motion in ein Postulat umwandeln.

1.3 Laut François Scheidegger ist es in der Tat so, dass der ganze Perimeter dort städtebaulich von grosser Bedeutung ist. Das ist man sich sehr bewusst. Es ist auch Thema im Rahmen der Ortsplanungsrevision. Man hat sich seitens Stadt und Gemeinderatskommission auch bemüht, dort Grundstücke zu erwerben. Ein Teil ist der Parkplatz Postplatz Nord, den man vor etwa drei Jahren gekauft hat. Es ist nicht zwingend, dass dies immer ein Parkplatz bleiben muss. Die Stadt konnte kürzlich das kleine Grundstück nördlich der Chäsi erwerben. An der Chäsi ist die Stadt schon seit Jahren dran. Bis jetzt ist es nicht gelungen, die Liegenschaft zu erwerben, bzw. jetzt ist es offenbar so, dass man verkaufswillig ist, aber leider Preisvorstellungen hat, die unrealistisch sind. Des Weiteren gehört der Stadt das Grundstück südlich des Mazzini (Parkplatz).

Die Stadt ist dort eigentlich in einer Situation, wo sie mitreden kann, aber letztlich gehört das hauptsächliche Grundstück der Däster-Schild Stiftung. Sie ist jetzt auch daran, sich Gedanken zu machen, wie es weitergehen könnte. Selbstverständlich probiert sich die Stadt, bei dem ganzen Prozess und der Gestaltung mit einzubringen, insofern ist François Scheidegger dankbar für den Vorstoss. Was die Erhaltung des kulturellen Erbes anbelangt, ist zu sagen, dass die Däster-Schild-Villa aktuell nicht unter Schutz gestellt ist.

- 1.4 Gemeinderat Alexander Kaufmann ergänzt, dass das kantonale Amt für Raumplanung im Vorprüfungsbericht der Ortsplanungsrevision Grenchen vorschlägt, die Däster-Schild-Villa als schützenswert einzustufen.
- 1.5 François Scheidegger stellt fest, dass die Motion in ein Postulat umgewandelt wurde.

2 Eintreten

Eintreten ist obligatorisch.

3 Diskussion

- 3.1 Gemeinderat Peter Brotschi führt aus, dass die Mitte-Fraktion Sympathie für den Vorstoss hat und dankbar ist, dass Michael Schlup seine Motion in ein Postulat umgewandelt hat. Das wäre auch ihr Antrag gewesen. In Grenchen wurde leider sehr viel abgerissen. Im Gegensatz zu Solothurn hatte der Gemeinderat von Grenchen immer Gestaltungsraum. Man konnte immer wieder abreissen und neu bauen. 1983 wurden das Hotel Burgunder-Halle (gebaut 1864) und das Restaurant Schweizerhalle (erstellt 1884) abgerissen - die Alte Post verschwand schon vorher (1956). Diese Häuserzeile hätte man erhalten sollen. Der Postmarkt ist ein minderwertiger Ersatz. Man ist stolz auf den Wakkerpreis, aber vielleicht hätte man ihn ein paar Jahre früher erhalten, wenn man das Jugendstil-Stadtzentrum erhalten und sich trotzdem dort, wo es möglich gewesen wäre, entwickelt hätte. Er postuliert jetzt nicht den Abriss der Chäsi, auch wenn das unter Ziff. 2.5.2 der Vorlage ein wenig relativiert wird. Selbstverständlich redet er nicht von dem ehemaligen Ladengeschäft südlich davon, aber die Häuser unten an der Bettlachstrasse sind die letzten Zeugen der Stadtmitte von Grenchen. Er bittet die Baudirektion und alle anderen, die hier in Planungen involviert sind, wirklich vorsichtig damit umzugehen. Das beinhaltet auch die Däster-Schild-Villa. Ob man dort wirklich einem Park machen will, sei dahingestellt, aber man sollte sicher nicht alles auf den letzten Quadratmeter überbauen. Grenchen hat wohnzonenmässig sehr viel Entwicklungspotential bei den beiden Bahnhöfen, wo es auch strategisch sinnvoll ist zu wohnen. Man muss nicht den letzten Quadratmeter im Stadtzentrum überbauen, denn Plätze haben, das bedeutet ja Stadt. Die Stadt Grenchen hat anfangs der 30er Jahre den Marktplatz und den Lindenplatz geschaffen. Städte haben Plätze. Das haben Dörfer nicht. Das ist wichtig und hier stimmt er mit dem Postulanten überein. Was man seitens Mitte-Fraktion sicher nicht unterstützen wird, ist eine zweite Verkehrsachse. Mit ihr wird nur die Langsamverkehrsachse zwischen Schützengasse und Schild-Rust-Strasse machbar sein. Man macht sicher keine Verkehrsachse mit einer innerstädtischen Schnellstrasse 200 Meter nördlich der Hauptstrasse, damit die Rückbaumassnahmen vor dem Coop und der Löwen-Kreuzung umfahren werden können. Das ist weder städtebaulich noch verkehrstechnisch sinnvoll.

- 3.2 Laut Gemeinderat Alexander Kohli ist Grenchen in erster Linie eine Gartenstadt. Er findet, dass man das Unwort Autostadt langsam vergessen sollte. Das kann ja nicht das Ziel sein. Der vorliegende Vorstoss greift ein Thema auf, das in der Stadt immer wieder zu Diskussionen führt. Tatsächlich ist auch aus Sicht der FDP-Fraktion angesichts der zentralen Bedeutung des Areals genau zu prüfen, wie man damit umgehen will. Die angedachte Gestaltungspflicht stellt dabei die notwendige Verbesserung, insbesondere auch für den Langsamverkehr im Zentrum sicher. Ob dann wirklich jede Liegenschaft im angesprochenen Perimeter schützenswert ist, da ist er nicht so sicher. Und ob in diesem Perimeter wirklich der ganze Raum für einen Park verwendet werden muss, um den Klimawandel positiv zu beeinflussen, ist dann noch eine Frage der Verhältnismässigkeit, aber es ist sicher eine Zone, zu der man in Bezug auf die Lebensqualität Sorge tragen muss. Grundsätzlich lässt sich aus Sicht der FDP nicht abstreiten, dass die Zone zwischen Centralstrasse, Kirchstrasse und nördlich der Rainstrasse definitiv einen respektvollen Umgang verdient. Um sich im Rahmen der Ortsplanungsrevision die Optionen offen zu halten, ist die FDP bereit, den Vorstoss als Postulat zu unterstützen.
- 3.3 Gemeinderat Ivo von Büren gibt als direkt Betroffener gerne Auskunft. Ein Park mitten in der Stadt ist an und für sich wunderbar, als ersten Vorstoss kann er das Michael Schlup noch durchgehen lassen, aber es hat gleich daneben den Mazzinipark. Er fährt dort viel vorbei und stellt fest, dass er immer leer ist. Jetzt will man daneben nochmals einen realisieren. Klüger wäre es, den bestehenden Park aufzuwerten. Er bekundet schon etwas Mühe, dass man beste Wohnlage, bestes Bauland in der Kernzone in einen Park umwandelt will. Man spricht von Grenchen als der Technologiestadt im Grünen. Man hat extrem viele Grünflächen in Grenchen. Das gefällt ihm auch. Er ist übrigens auch ein Gegner des verdichteten Bauens. Dort muss man etwas Gescheites hinstellen, das der Bevölkerung dient. Die SVP-Fraktion wird den Vorstoss ablehnen.
- 3.4 Vize-Stadtpräsident Remo Bill hat dem Stadtpräsidenten schon oft gesagt, dass dies das Filetstück der Stadt Grenchen ist. Dort wurden planerische Fehler begangen, bevor François Scheidegger Stadtpräsident wurde. Man hätte damals eine Gesamtplanung inkl. Parkplatz machen sollen, das hat der damalige Stadtpräsident, der heute Vizepräsident des Stiftungsrates der Däster-Schild Stiftung ist, verpasst. Deshalb unterstützt Remo Bill das Postulat. Man muss das jetzt planerisch angehen. Er hofft, dass es dort einen schlaunen Wettbewerb gibt. Der Ball ist leider nicht bei der Stadt, sondern bei der Däster-Schild Stiftung.
- 3.5 Gemeinderat Patrick Zberg meint, dass die glp immer dafür ist, das Stadtzentrum grün aufzuwerten. Dafür ist die glp einfach zu begeistern. Er hat sich gefreut, dass der Vorstoss jetzt in ein Postulat umgewandelt wurde. Hier muss man noch detaillierter planen, wie man das genau umsetzen möchte. Wenn man so etwas macht, möchte er beliebt machen, dass man etwas für sämtliche Bewohner der Stadt plant und sich nicht nur auf die Kultur beschränkt. Davon hat es in Grenchen schon genug. Er würde sich mehr über Grünflächen freuen, die vielleicht mit dem Velo befahren werden können, um so die Velostadt ein wenig zu fördern.
- 3.6 Gemeinderat Matthias Meier-Moreno hat noch einen formalen Hinweis. Es kann nicht sein, dass der Erstunterzeichner Michael Schlup, Ersatz-Gemeinderat, ist, da dieser bei der Eingabe damals nicht im Gemeinderat gesessen ist. Erstunterzeichnerin wäre demzufolge Gemeinderätin Angela Kummer, welche den Vorstoss damals eingereicht hat. Er bittet das noch zu korrigieren.

3.7 François Scheidegger gibt ihm Recht. Man kann nicht Erstunterzeichner sein, wenn man an der Sitzung nicht anwesend ist. Es wurde allerdings als Motion der Fraktion SP eingegeben.

3.8 Keine weiteren Wortmeldungen.

Es ergeht mit 10 : 5 Stimmen folgender

4 Beschluss

4.1 Das Postulat wird erheblich erklärt.

Vollzug: BD

BD
SF

3.3.1 / acs

Wahlbüro: Ersatzwahl von zwei Mitgliedern (Wahlvorschläge FDP)

Vorlage: KZL/19.03.2022

1 Erläuterungen zum Eintreten

1.1 Anne-Catherine Schneeberger-Lutz, Kanzleichefin, verweist auf die Vorlage.

2 Eintreten

Eintreten wird beschlossen.

3 Detailberatung

3.1 Gemeinderat Matthias Meier-Moreno weist darauf hin, dass gewünscht wurde, dass die Parteien bei der Nominierung von neuen Behördenmitgliedern kurz mitteilen, wer diese Leute sind, was sie machen und vorher sie kommen. Das wurde hier im Rat so abgemacht. Er hat sich als Co-Präsident der Mitte immer daran gehalten. Das fehlt ihm hier bei den Wahlvorschlägen der FDP. Er bittet, die Informationen zuhanden Protokoll nachzureichen.

3.2 Stadtpräsident François Scheidegger nimmt das so entgegen, aber hier haben die Fraktionen bzw. die Parteien die Informationen zu liefern. Er vertraut den Parteien, dass sie die Leute aufgrund von gewissen Kriterien und ihrer Vertrauenswürdigkeit auswählen. Die FDP wird die Angaben zuhanden Protokoll noch liefern.

3.3 Kurzvorstellung der Gewählten zuhanden Protokoll:

3.3.1 Barbara Allemann ist 66 Jahre alt, Hausfrau und Rentnerin, wohnt seit über 40 Jahren in Grenchen und ist seit 7 Jahren FDP-Mitglied. Sie verfolgt das politische Geschehen in Grenchen mit Interesse und nimmt jeweils an den Gemeindeversammlungen teil. Sie gehört seit 9 Jahren dem Einpackteam Stimmmaterial an. Von 2015 bis September 2021 war sie ordentliches Mitglied des Wahlbüros 2, wo sie bei allen grossen Abstimmungen und Wahlen eingesetzt wurde. Seit November 2021 amtierte sie als Ersatzmitglied des neuen Wahlbüros und freut sich, wieder als ordentliches Mitglied mitzuwirken.

3.3.2 Daniel Sägesser ist 26 Jahre alt, Eidg. Dipl. Immobilienbewirtschafter, frisch eingetreten bei der FDP. Er interessiert sich für die lokale Politik in Grenchen und möchte sich gerne mit einbringen. Seine Hobbies sind Reisen, Motorrad fahren und Zeit mit Freunden und Familie bei lustigen Unternehmungen zu verbringen. Durch das Engagement im Wahlbüro ergeben sich gute Chancen, neue Kontakte zu knüpfen.

Es ergeht einstimmig folgender

4 Beschluss

- 4.1 Die Demission von Adrian Gerber als ordentliches Mitglied des Wahlbüros wird unter Verdankung der geleisteten Dienste genehmigt.
- 4.2 Barbara Allemann, Veilchenstrasse 6b, 2540 Grenchen, wird für den Rest der Amtsperiode 2021-2025 als ordentliches Mitglied des Wahlbüros gewählt.
- 4.3 Daniel Sägesser, Schützengasse 7, 2540 Grenchen, wird für den Rest der Amtsperiode 2021-2025 als Ersatzmitglied des Wahlbüros gewählt.

Zu eröffnen an:

- Barbara Allemann, Veilchenstrasse 6b, 2540 Grenchen
- Daniel Sägesser, Schützengasse 7, 2540 Grenchen
- Bea Corti, Präsidentin Wahlbüro, Standweg 18, 2540 Grenchen
- Daniel Wyss, Präsident FDP, Schützengasse 7, 2540 Grenchen

Vollzug KZL (Eröffnungen), (Vereidigung)

Stadtpräsidium
KZL (Behördenverzeichnis)
Oberamt Region Solothurn

0.1.8 / acs

Stadt Grenchen

Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates

Sitzung Nr. 3

vom 05. April 2022

Beschluss Nr. 2882

VERTRAULICH

Mitteilungen und Verschiedenes

1 Situation Flüchtlinge Ukraine

- 1.1 Reto Kämpfer, Leiter SDOL, orientiert kurz über die Situation der Flüchtlinge aus der Ukraine und die Auswirkungen auf die Stadt Grenchen.
- 1.2 Stadtpräsident François Scheidegger ergänzt, dass eine kleine, informelle Taskforce gebildet wurde. Die Fäden laufen bei Reto Kämpfer zusammen. Ebenfalls dabei sind Gemeinderat Richard Aschberger, Präsident der Sozialkommission Oberer Leberberg und der Integrationskommission, sowie Stadtschreiberin Luzia Meister als Integrationsbeauftragte.
- 1.3 Bei dieser Krise, so Gemeinderat Richard Aschberger, ist festzustellen, dass fast keine Leute in den westlichen Kantonsteil kommen. Es konzentriert sich auf den Perimeter Olten. Bisher war in Grenchen nicht viel los. Solothurn hat eine eigene Aktion mit ihrer Partnerstadt Krakau (Polen) gestartet (sie holen selbst Leute). Grenchen kommt aktuell noch glimpflich davon. Man hat sehr viele Angebote erhalten, auch von Privaten. Die Liegenschaften werden zuerst geprüft, um obskure Angebote auszuschliessen. Momentan ist es zum Glück relativ ruhig. Leider ist schon vorgekommen, dass private Gastgeber Flüchtlinge zu sich nach Hause geholt und diese nach ein paar Tagen wieder beim Gemeindehaus abgegeben haben, damit sich die Gemeinde nachher selbst um sie kümmert. Diesen Vorgang findet Richard Aschberger noch recht speziell und hofft, dass das in Grenchen nicht passiert.
- 1.4 Gemeinderätin Nicole Arnold fragt, ob Frauen, Kinder und ältere Leute kommen. Konnte man das aufschlüsseln? Die Männer sollten eigentlich noch in der Ukraine sein.
- 1.5 Gemäss Reto Kämpfer wurden Frauen und Kinder angekündigt. Aber in der ersten Flüchtlingswelle konnten auch noch Männer die Ukraine verlassen (sie machen rund 40 Prozent aus).

2 Dankeschreiben UNICEF für Spende für ukrainische Familien und Kinder

- 2.1 Wie Stadtpräsident François Scheidegger ausführt, dankt die UNICEF der Stadt Grenchen für ihre Spende von CHF 20'000.00 vom 15. März 2022 für die UNICEF Nothilfe in der Ukraine. Die Mädchen und Jungen in der Ukraine brauchen dringend Hilfe, denn die Kinder trifft die aktuelle Krise besonders hart. UNICEF ist und bleibt in den Konfliktregionen vor Ort. Die Spende der Stadt Grenchen ermöglicht es der UNICEF unter anderem, die betroffenen Familien mit sauberem Wasser sowie Gesundheits- und Hygienegütern zu versorgen. Zudem hilft die UNICEF traumatisierten Kindern mit psychosozialer Unterstützung und baut Kinderschutzräume auf.

